

2.4 Deutsch und Mehrsprachigkeit

Unser Konzept heißt: lokale Potentiale fördern und nutzen. Unser Ziel ist eine bessere Kommunikation durch gute Ausdrucksfähigkeiten in Deutsch und in mehreren Sprachen. Mit einer Sprache lernen wir nicht nur Wörter und eine Grammatik, Sprachen vermitteln auch Kultur. Die eigene Sprache oder die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu sprechen, wird von vielen Menschen als ein wichtiger Teil der eigenen Identität empfunden. Eine gemeinsame Sprache ist darüber hinaus eine wesentliche Grundlage jeder Gesellschaft. Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse ist für den beruflichen Erfolg und die Teilhabe am öffentlichen Leben unverzichtbar und daher weiterhin besonders zu fördern. Im Alltag unserer Stadt hören wir viele Sprachen. Viele Kinder wachsen mehrsprachig auf. Ihre Sprachkenntnisse gilt es zum Nutzen aller zu fördern.

Ausgangssituation

Deutschland ist ein durch Sprachenvielfalt geprägtes Land. Neben den zahlreichen Dialekten und Sozioklekten tragen die Sprachen anerkannter Minderheiten und die Herkunftssprachen größerer und etablierter Einwanderergruppen zur Mehrsprachigkeit bei. Auch die Situation in Frankfurt ist von einer Vielfalt der Sprachen in der Stadt gekennzeichnet. Im Alltag sind je nach Kontext viele Sprachen zu hören. In Teilen des Frankfurter Alltags, gerade im Miteinander von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Herkunftssprachen, ist Englisch eine gemeinsame Drittsprache.

Fremdsprachenkenntnisse und Mehrsprachigkeit bringen nicht zuletzt wesentliche Vorteile im internationalen Zusammenleben und Wirtschaftsverkehr. Weltweit nimmt die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung zu. Innerhalb der Europäischen Union verfolgt die Kommission langfristig das Ziel, die individuelle Mehrsprachigkeit zu fördern, bis alle Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu ihrer Muttersprache über praktische Kenntnisse in mindestens zwei weiteren Sprachen verfügen. Bereits 2002 haben die Staats- bzw. Regierungschefs der Europäischen Union den Unterricht von mindestens zwei Fremdsprachen ab der frühen Kindheit gefordert. Neben dem eigentlichen Fremdspracherwerb steigt die Zahl von vornherein mehrsprachig aufwachsender Kinder. Die EU Kommission geht davon aus, dass in europäischen Ländern bereits ein Drittel der Gesamtschülerschaft mehrere Sprachen in die Schule ‚mitbringt‘.

Dass viele Bürgerinnen und Bürger mehrere Sprachen beherrschen, erhöht die Dialogfähigkeit untereinander. Während viele private Kulturangebote und Dienstleistungen in verschiedenen Verkehrssprachen erfolgen, sind die

öffentlichen Bildungseinrichtungen von der Krabbelstube bis zur Schule dagegen überwiegend monolingual deutsch, obwohl nicht nur in der politischen Zielsetzung der Europäischen Union, sondern auch in der pädagogischen Diskussion weitgehend Konsens darüber besteht, dass Mehrsprachigkeit eine wichtige Ressource ist, die gefördert werden soll.

Die Bildungsarbeit der VHS und insbesondere die zielgruppenspezifischen Angebote von Deutsch- und Alphabetisierungskursen für die Arbeitsmigranten und ihre Familien und spezielle Deutschkurse für nachgezogene Jugendliche in den 70er und 80er Jahren waren wegweisend in ihrer Qualität und Quantität und zugleich wichtige Vorläufer für Aktivitäten und Maßnahmen, die heute ganz selbstverständlich Bestandteil der Beratungs- und Spracharbeit in den Schulen sind.

Wie nachhaltig diese durch erhebliche kommunale Zuschüsse geförderten Angebote gewirkt haben und wirken, zeigt ein Blick auf das hoch differenzierte heutige VHS-Programm. Das in kommunaler Trägerschaft entwickelte und durchgeführte Programm „Mama lernt Deutsch“ hat bundesweit Schule gemacht. Das Modellprojekt „Sprach- und Orientierungskurse für Neuzuwanderer“ war ein viel beachteter Vorläufer der Integrationskurse. Mit dem Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes und der Integrationskursverordnung am 01.01.2005 haben sich die Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten für die Durchführung von Deutschkursen geändert.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Integrationskurse und begleitende Maßnahmen

Mit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) am 01.01.2005 wurde auch die darauf basierende Integrationskursverordnung (IntV) umgesetzt. Damit wurde das erste Mal in der Bundesrepublik Deutschland in Verantwortung des Bundes bundesweit ein Deutschförderprogramm für Zuwanderer/-innen realisiert. Zuständig für die Umsetzung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Beispiel: Integrationskurs. Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wurde 2005 ein Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote geschaffen. Den Kern dieser staatlichen Angebote bildet der sog. Integrationskurs. Das Ziel des Kurses ist für das BAMF die Verständigung im Alltag und eine Teilhabe an der deutschen Gesellschaft. Mit der Durchführung der Integrationskurse werden vom BAMF zugelassene private und öffentliche Träger beauftragt. Der Integrationskurs umfasst insgesamt 645 Unterrichtseinheiten, von denen der Sprachkurs 600 Unterrichtseinheiten umfasst. Der zweite Teil, der sog. Orientierungskurs, besteht aus 45 Unterrichtseinheiten und vermittelt die Themenbereiche "Politik in der Demokratie", "Geschichte und Verantwortung" und "Mensch und Gesellschaft". Die freiwillige oder verpflichtende Teilnahme ist gesetzlich geregelt. Die Teilnehmer müssen sich in der Regel mit einem Beitrag von einem Euro je Unterrichtsstunde an den Kosten beteiligen.

Mit Inkrafttreten dieser gesetzlichen Grundlage musste das größtenteils mit städtischen Mitteln finanzierte Pilotprojekt „Sprach- und Orientierungskurse für Zuwanderer und Zuwanderinnen auslaufen. Darüber hinaus wurden

auch alle anderen Deutschförderprogramme, z.B. für Spätaussiedler oder für die Anwerbeländer eingestellt bzw. durch die Integrationskurse ersetzt. Zunächst war unklar, ob die Kurse „Mama lernt Deutsch, Papa auch“ weiter durchgeführt werden können bzw. ob das Land seine anteilige Finanzierung aufrecht erhalten wird. Letztendlich konnte hier aber eine positive Lösung zugunsten der Mama-Kurse erzielt werden, denen jetzt u.a. die Aufgabe zukommt, einen niederschweligen Zugang zu den Integrationskursen zu eröffnen.

Beispiel: „Mama lernt Deutsch – Papa auch“. Das Projekt „Mama lernt Deutsch – Papa auch“ ist ein Kooperationsprojekt von Frankfurter Schulen, städtischer Volkshochschule, Lehrerkooperative und dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Es startete 1997 zunächst als Modell im Frankfurter Stadtteil Sossenheim und ist Teil eines Gesamtprojektes, das ausländische Eltern durch Vermittlung von Sprach- und Strukturkenntnissen bei der schulischen und beruflichen Integration ihrer Kinder unterstützen soll. Dabei setzt es bewusst auf die Stärkung der Beziehungen zwischen Eltern und pädagogischen Einrichtungen bzw. MitarbeiterInnen und Fachkräften und versucht beidseitige Schwellenängste und Vorurteile abzubauen. Die Kurse finden in der Schule statt und richten sich vor allem an Frauen. Sie basieren auf einem eigens für das Projekt erstellten Curriculum und einer Didaktik, die sich an der Alltagsrealität migrantischer Ehefrauen und Mütter orientiert. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten übernimmt im Rahmen des Projektes u.a. die Aufgabe Schulen anzusprechen, initiiert und organisiert Fachgespräche, Lehrerfortbildungen und Konferenzen, und sorgt für die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Inzwischen sind die Kurse weit über die Grenzen Frankfurts hinaus auf große Resonanz gestoßen und von einigen Großstädten anderer Bundesländer aufgegriffen worden. Darüber hinaus ist das Konzept mittlerweile auch auf Kindergärten ausgeweitet worden. Das Projekt wird sowohl von den Leitungen der Schulen und Kindergärten als auch von den Teilnehmerinnen als durchweg positiv und hilfreich bewertet. Es erleichtert den Umgang mit den Anforderungen der Kinder in der Schule, aber auch im Alltag, schafft Vertrauen und ein tieferes Verständnis für die Strukturen des deutschen Schul- und Bildungssystems. Gleichzeitig stärken die neu erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten das Selbstbewusstsein im Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern. Die funktionierende Praxis von „Mama lernt Deutsch“ dokumentiert den Erfolg eines Projektes, das Integration als wechselseitigen Bildungs- und Anerkennungsprozess versteht.

Zu den Integrationskursen gehört auch ein dieses begleitendes Beratungsangebot für Jugendliche und Erwachsene, das wie auch die Deutschkurse vom Bund finanziert und umgesetzt wird. Dies ist im Kern die Fortführung der alten Beratungsangebote für Migranten; allerdings hat sich das Land Hessen aus der Finanzierung zurückgezogen. Waren die Integrationskurse zunächst für Neuzuwandererinnen und Neuzuwanderer geplant, so zeigte sich schnell, dass das Angebot überwiegend von Migranten genutzt wurde, die schon mehrere Jahre in Deutschland gelebt haben.

Seit dem Inkrafttreten des AufenthG wurde seine Integrationsverordnung einmal sehr umfangreich geändert; darüber hinaus werden die Verfahrensregelungen sehr häufig überarbeitet. Insgesamt ist festzustellen, dass die

Regelungen sehr kompliziert sind und für Teilnehmer/-innen wie Sprachkursträger und andere Akteure kaum oder nur mit Mühe nachzuvollziehen sind.

Darüber hinaus gibt es, um nur einige Probleme anzusprechen, in Frankfurt ein Überangebot an zugelassenen Sprachkursträgern, deren Qualität aus der Sicht des AmKA nicht in jedem Fall zufriedenstellend gewährleistet werden kann; es fehlt an Plätzen für Kinderbetreuung und an Angeboten in einigen bestimmten Stadtteilen. Die Stadt Frankfurt hat bzgl. der Umsetzung der Integrationskurse und der sie begleitenden Beratungsangebote vor Ort keinerlei Mitsprache- oder Gestaltungsrecht. Lediglich über Vertreter des Städtetags sind die Kommunen in der Bewertungskommission, die die Umsetzung der Integrationskurse mit gesetzlichem Auftrag begleitet, vertreten. Wie wenig die lokale Perspektive bislang Berücksichtigung findet, zeigt sich z.B. daran, dass es bis heute keine verfügbaren Daten zu den Integrationskursen in Frankfurt gibt.

Die Integrationskurse sind derzeit von der Menge und den strukturellen Auswirkungen her das zentrale Deutschförderangebot; dies gilt auch für Frankfurt am Main. Ihre Bedeutung erhalten sie auch durch die Relevanz der Abschlusstests für aufenthaltsrechtliche Entscheidungen und die Einbürgerung.

Beispiel: Abschlussprüfungen im Integrationskurs. Zum 1. Juli 2009 hat die neue skalierte Sprachprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer (A2-B1)" die bisherigen Sprachprüfungen "Zertifikat Deutsch" (B1) und "Start Deutsch 2" (A2) als abschließende Sprachprüfung in Integrationskursen abgelöst. Die Sprachbeherrschungsniveaus orientieren sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) und reichen von A1 (erste Sprachversuche) bis C2 (beinahe muttersprachliches Niveau). Kursteilnehmer, die das Sprachniveau B1 erreicht haben, können das wichtigste verstehen, wenn einfache Sprache verwendet wird und es um vertraute Themen (Arbeit, Schule, etc.) geht. Sie können außerdem einfach und zusammenhängend über vertraute Themen sprechen, über Erfahrungen und Ereignisse berichten und kurze Erklärungen geben. Der Sprachprüfung schließt sich der Test zum Orientierungskurs an, der seit dem 1. Januar 2009 bundeseinheitlich durchgeführt wird. Auf einem Multiple-Choice Fragebogen sind in 45 Minuten wenigstens 13 von 25 Fragen richtig zu beantworten. Besteht ein Kursteilnehmer sowohl die Sprachprüfung DTZ auf der Stufe B1 wie auch den Orientierungskurstest, erhält er mit dem "Zertifikat Integrationskurs" eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss.

Aus diesen Gründen hat sich das Amt für multikulturelle Angelegenheiten sehr früh darum bemüht, mit der Zentrale des BAMF und der örtlichen Regionalstelle mit Sitz am Flughafen zusammenzuarbeiten. Da eine solche Kooperation eigentlich nicht vorgesehen ist, ist sie in besonderer Weise auf das Engagement und die Initiative beider Seiten angewiesen. Darüber hinaus beschränken sich, wie bereits dargestellt, die städtischen Möglichkeiten weitestgehend darauf, die Umsetzung wie vorgegeben zu unterstützen, nicht aber sie mit zu gestalten. Einzige Ausnahme ist die Beteiligung des AmKA an einer Expertengruppe des BAMF, die das Rahmencurriculum für einen wichtigen Kurstyp entwickeln soll.

Die wesentlichen Aktivitäten des AmkA in diesem Kontext:

- Beratung des RMJ und anderer Ämter und Einrichtungen
- Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rhein-Main-Jobcenter GmbH (RMJ))
- Koordinierung des Frankfurter Netzwerks der Integrationskurse (Deutschkursträger, Beratungsstellen, RMJ, BAMF, Ausländerbehörde)
- Verbesserung der Information der Frankfurter Bürger bzgl. des Programms durch Flyer, Website etc.
- Mitarbeit in der Expertengruppe des BAMF zur Entwicklung eines Rahmencurriculums für die Förderkurse
- Koordinierung von Mama-Kursen und Integrationskursen, so weit es die Programme zulassen

Aus der Sicht des AmkA ist es gerade aufgrund der zentralen Bedeutung, die den Integrationskursen als Deutsch-Förderprogramm zukommen, wichtig, dass die Kommunen mehr Einfluss auf die Gestaltung, die Umsetzung und die Steuerung des Programms vor Ort nehmen können. Hierauf sollte seitens der Stadt hingearbeitet werden.

ESF-BAMF-Programm

Bei Einführung der Integrationskurse wiesen Fachleute immer wieder darauf hin, dass selbst bei Erreichen des vorgegebenen Sprachbeherrschungsniveaus B1 weitere Deutschförderangebote vonnöten sein werden, um Migrantinnen und Migranten in großer Zahl den Übergang in das Erwerbsleben zu erleichtern bzw. möglich zu machen.

Dieser Analyse entsprechend wurde seitens des Bundes mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds ein Programm zum berufsbezogenen Deutsch für Migranten/-innen aufgelegt. Das BAMF wurde 2006 damit beauftragt, dieses Programm inhaltlich zu entwickeln und umzusetzen. Der Beginn des Programms war für 2008 geplant, hat sich aber bis ins Jahr 2009 hinein verzögert. Mitte 2009 haben erst ca. 60 Maßnahmen begonnen, weit weniger, als geplant. Viele der aktuellen Schwierigkeiten haben ihre Ursache in dem hochkomplizierten Verfahren und dem engen finanziellen Rahmen, der den Trägern gesetzt ist. Wie viele andere auch hat das AmkA im Vorfeld der Umsetzung auf die zu erwartenden Probleme hingewiesen. Sehr spät, nämlich erst seit Juni 2009, wird nun mit Nachdruck an dem Abbau der Probleme gearbeitet.

Da ESF-Finanzierung immer Kofinanzierung voraussetzt, können an diesem Programm Leistungsempfänger nach SGB II und III teilnehmen sowie in Betrieben Beschäftigte, wenn die Teilnahme an dem Programm als innerbetriebliche Fortbildung anerkannt bzw. durchgeführt wird. Aufgrund der mangelnden Kofinanzierung ausgeschlossen sind Personen ohne Leistungsbezug oder ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, also z.B. Personen mit gut verdienendem Ehepartner. Für diese Personengruppe gibt es im Bereich ‚berufsbezogenes Deutsch‘ derzeit keine zufriedenstellenden Angebote. Es wird geprüft, ob und wie sich für diesen Personenkreis (überwiegend Frauen) doch noch eine Teilnahme an dem ESF-BAMF-Programm ermöglichen lässt.

Wie bei den Integrationskursen handelt es sich auch hier um ein Programm des Bundes, auf das die Kommunen vor Ort kaum Einwirkungsmöglichkeiten haben. Da den Einmündungschancen in den Arbeitsmarkt eine herausragende Bedeutung für die gesellschaftliche Partizipation von Migrantinnen zukommt, hat sich das AmkA sehr früh darum bemüht, so weit als möglich Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung des Programms zu nehmen. Dies ist vor allem durch die inzwischen bewährten Kontakte zum BAMF in gewissem Umfang gelungen.

Die bisherigen Aktivitäten des AmkA in diesem Kontext sind u.a.:

- Von Mitte 2006 bis Mitte 2008: Mitarbeit in einer Expertengruppe des BAMF zur Entwicklung des Rahmencurriculums für das Programm.
- Im Anschluss daran Mitarbeit in einer Expertengruppe des BAMF, die die Umsetzung des Programms begleitet und ggf. notwendige Änderungen und Weiterentwicklungen erarbeitet.
- Beratung des RMJ und der örtlichen Arbeitsagentur bzgl. der inhaltlichen und organisatorischen Umsetzung des Programms.
- Schulung der Mitarbeiter/-innen des RMJ.

Vor allem die Verfahrensvorschriften, die trotz vieler Hinweise und Warnungen im Vorfeld nicht entsprechend geändert wurden, stellen derzeit eine massive Hürde bei der Umsetzung des Programms dar.

Ähnlich wie bei den Integrationskursen sollte die Stadt Frankfurt sich darum bemühen, dass die Kommune mehr Einfluss auf die Gestaltung, die Umsetzung und die Steuerung des Programms vor Ort nehmen kann. Ein wichtiger kommunaler Beitrag zur Sprachförderung ist mit dem vorgestellten Projekt „Mama lernt Deutsch“ geschaffen worden. Es stellt eine Brücke zu den Integrationskursen dar und ermöglicht den sozialräumlichen Zugang zu Eltern.

Die Stadt Frankfurt bietet im Rahmen ihres Fortbildungsprogramms auch Deutschlehrgänge für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, die schon lange in Deutschland leben, aber bislang nicht systematisch Deutsch gelernt haben. Weitere Angebote schulen Ausdrucksvermögen und Sprachgefühl. Auch andere Arbeitgeber bieten ihren Angestellten im Rahmen der Personalentwicklung Fortbildungen an, die in Hessen auch durch den Anspruch auf Bildungsurlaub unterstützt werden.

Beispiel: Sprachkurse der Europäischen Zentralbank. Die Europäische Zentralbank beschäftigt in Frankfurt rund 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Arbeitssprache der Europäischen Zentralbank ist Englisch; Deutschkenntnisse sind keine Einstellungsvoraussetzung. Die Europäische Zentralbank bietet jedoch allen Mitarbeitern und ihren Angehörigen Gelegenheit zu Teilnahme an Deutschkursen in kleinen Gruppen und über mehrere Jahre. In den Kindertageseinrichtungen der Europäischen Zentralbank wird seitens der Erzieherinnen und Erzieher ausschließlich Deutsch gesprochen.

Mehrsprachigkeit in Frankfurt

Mehrsprachigkeit ist in vielen Frankfurter Familien Alltag. Sie ist eine große Chance. Aber sie bedeutet, wenn sie wirklich gelingen soll, auch zusätzliche Arbeit und Belastung, z.B. wenn es darum geht, mit den Kindern oft noch nach der Schule abends eine zweite Sprache oder Schrift einzuüben. Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass es nicht genügt, von Schulfängern die Beherrschung der deutschen Schulsprache einfach zu erwarten. Inzwischen besteht in der pädagogischen Diskussion zudem ein weitgehender Konsens darüber, dass Mehrsprachigkeit eine wichtige Ressource ist, die gefördert werden soll. Bei vielen Eltern, aber auch noch bei einem Großteil des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten herrscht jedoch weiterhin Unsicherheit über den ‚richtigen‘ Umgang mit Mehrsprachigkeit. Mehrsprachigkeit gelingt nicht von alleine. Der Bildungsgrad, das Engagement und die verfügbare Zeit von Eltern beeinflussen den Erfolg ebenso wie die fehlende Unterstützung der Familien durch das Bildungssystem.

Mehrsprachigkeit kann nach derzeitiger Forschungslage am leichtesten in den ersten zehn bis zwölf Lebensjahren erworben werden und damit vor dem Beginn des Fremdsprachenunterrichts an weiterführenden Schulen. Bis heute schaffen es das Bildungssystem und viele Familien nicht, den Spracherwerb für alle Kinder in Frankfurt bis zum Grundschulalter erfolgreich (mehrsprachig) zu gestalten; ca. 20% der Einschulungskinder kommen mit Sprachbeeinträchtigungen oder Sprachrückständen in die Grundschule (über die Sprachkenntnisse in der Herkunftssprache liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor). Das erfolgreiche Durchlaufen des deutschen öffentlichen Bildungssystems und das Erreichen von höheren Abschlüssen sind jedoch in hohem Maße von sehr guten Kenntnissen der deutschen Sprache abhängig.

Die Stadt Frankfurt ist gesetzlich verpflichtet, die Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern unabhängig von der Sprachzugehörigkeit der Eltern sicherzustellen. Die Anerkennung von Mehrsprachigkeit durch die Bildungsinstitutionen und die Bereitstellung entsprechender pädagogischer Angebote stärken die kulturelle Identität der Kinder durch die Vermittlung fundierter Kenntnisse ihrer Familiensprache, erleichtern den Erwerb der deutschen Sprache und sind deswegen für den Erfolg von Bildungsbiographien entscheidend.

Die „Leitlinien für Kindertageseinrichtungen in Frankfurt“ von 2005 betonen den Auftrag dieser Bildungseinrichtungen, „allen Kindern die Auseinandersetzung mit anderen Sprachen anzubieten, um ihnen in einer von vielen Sprachen geprägten Gesellschaft ein angemessenes und ganzheitliches Bildungsangebot zu machen.“ Vom Fachberaterzentrum für Migration und Herkunftssprachen des Staatlichen Schulamts wurde das Prinzip KOALA (Koordinierte zweisprachige Alphabetisierung im Anfangsunterricht) entwickelt, das als Förderbaustein in das Schulprogramm eingefügt werden kann. Inzwischen arbeiten 14 Frankfurter Schulen nach diesem Prinzip. Die städtischen Kitas orientieren sich an den Leitlinien von Sander/Spanier „Meine, Deine, unsere Sprache“, in denen die Wertschätzung der unterschiedlichen Familiensprachen der Kinder Programm ist.

Im Projekt mitSprache (Modellprojekt zur sprachlichen und soziokulturellen Integration von zugewanderten Schüler/innen, Kindern und deren Eltern) zählt der Umgang mit Mehrsprachigkeit in den Institutionen Schule und Kindergarten neben Deutsch als Zweitsprache, Elternarbeit und Lehrer/innenfortbildung zu den vier Schwerpunkten. Fortbildungen zu diesem Thema werden für das pädagogische Personal und für Eltern angeboten. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen AmkA, staatlichem Schulamt, Stadtschulamt und dem Eigenbetrieb städtische Kitas. Beteiligt sind 5 Grundschulen, 2 Hauptschulen und (seit 2009) 5 Kitas.

Auch im AmkA-Projekt Hippy (Home Instruction for Parents of Pre-school Youngsters) ist das Thema „Umgang mit Mehrsprachigkeit“ ein Schwerpunkt in der Elternbildung. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. widmet sich schon seit Bestehen diesem Themenkomplex und bietet hierzu Fortbildungen für pädagogisches Personal und Eltern an.

Beispiel: Bilinguale Bildungseinrichtungen. In Frankfurt gibt es zurzeit mehr als 30 bilinguale Kindertagesstätten: zehn deutsch-englische, sieben spanisch-deutsche, 4 italienisch-deutsche, drei russisch-deutsche, vier französisch-deutsche, sowie je eine, die auch in Japanisch, Türkisch, Niederländisch, Portugiesisch und Romanes erziehen. An ungefähr 30 Schulen findet herkunftssprachlicher Unterricht statt. Darüber hinaus bieten ca. 13 Migrantenvereine herkunftssprachliche Kurse an. Das AmkA gewährt Zuschüsse für solche Vereine.

Die Mehrsprachigkeit unserer Bevölkerung wirkt integrativ. Fremdsprachenkenntnisse erleichtern Hilfestellungen im Alltag und das Zusammenleben in der Nachbarschaft. In vielen Berufsfeldern, die für Frankfurt typisch sind, z.B. bei kommunikationsintensiven Dienstleistungen sowie bei Tätigkeiten im Rahmen internationaler Zusammenarbeit, aber auch bei medizinisch-pädagogischen und in sozialen Berufen ist Mehrsprachigkeit unmittelbar von Belang. Die Beratungsleistungen der Wohlfahrtsverbände werden je nach Möglichkeit in mehreren Sprachen vorgehalten. Auch außerhalb von Schule und Berufsbildung ist die Förderung von Mehrsprachigkeit daher von Bedeutung und sollte entsprechend ausgebaut werden. Eine Expertise der Universität Hamburg für das BAMF zur Nutzung der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund verwies auf die Bedeutung der Herkunftssprachen für bestimmte Berufsfelder und stellte Förderbedarf fest.

Handlungsperspektiven zur Diskussion

Wir halten es für wichtig, Mehrsprachigkeit als Beitrag zur Integration ernst zu nehmen und zu stärken. In einer verstärkten institutionellen Förderung von Herkunftssprachen sehen wir zugleich eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Deutscherwerb. Unsere Diskussion sollte außerdem berücksichtigen, dass auch die Förderung von Fremdsprachenkenntnissen, besonders von in der Stadt tatsächlich gesprochenen Sprachen, zu Verständigung der Bürgerinnen und Bürger beitragen kann.

Aus unserer Sicht ist nicht nur das bereits existierende Angebot an bilingualen Schulen, Kitas und Kinderkrippen auszubauen, es sind auch mehr Sprachen einzubeziehen. Die Qualifizierung und Einstellung von zwei- und mehrsprachigem pädagogischem Personal wäre ebenfalls zu überlegen. Wir

sollten erörtern, wie ein Austausch bilingualer Einrichtungen untereinander dazu beitragen könnte, Erfahrungen aus der Praxis stärker zu kommunizieren und zu nutzen. Daneben halten wir die wissenschaftliche Untersuchung der bestehenden Situation, sowie die Begleitung und Evaluierung zukünftiger Maßnahmen für sinnvoll.

Die Diskussion sollte jedoch nicht übersehen, dass auch professionelle Hilfestellungen für sog. Migrantenvereine bei der Konzipierung und Durchführung von herkunftssprachlichem Unterricht geboten sind. In diesem Zusammenhang erachten wir Veranstaltungen für Eltern und Pädagogen zu Büchern in den Herkunftssprachen sowie einen Ausbau von entsprechenden Lesepatentprojekten für sinnvoll. Beides könnte z. B. in Kooperation mit den Stadtbibliotheken erfolgen, deren Arbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen weiter zu unterstützen wäre.

In Anbetracht der vorhandenen Unsicherheit bei vielen Eltern und beim pädagogischen Fachpersonal über den Umgang mit Mehrsprachigkeit regen wir die Herausgabe praktischer Handreichungen und den Ausbau von Fortbildungen an. Die Einrichtung einer städtischen Beratungsstelle ‚Mehrsprachigkeit und Deutsch als Zweitsprache‘ beim AmKA böte darüber hinaus die Chance, Ämter und andere Einrichtungen dabei zu unterstützen, die sprachlichen Voraussetzungen ihrer Klientel zu reflektieren und darauf personell und organisatorisch in geeigneter Weise zu reagieren. Wir regen außerdem an, zu prüfen, wie eine interkulturelle Öffnung der Berufswelt seitens der Stadt unterstützt werden könnte.

Wir schlagen vor, in den Stadtteilen und im städtischen Alltag vermehrt Räume und Anlässe zu schaffen, in denen Mehrsprachigkeit gefördert werden kann, z.B. durch den Aufbau mehrsprachiger Tandems in verschiedenen beruflichen, sozialen und kulturellen Bereichen. Dabei liegt in einer verstärkten Kooperation von Institutionen und Personen, die zur Sprach-erziehung beitragen – Bildungseinrichtungen, Eltern, Vereine, Bibliotheken, Theater, Zeitungen – ein besonderes Potential. Dem AmKA ist daran gelegen, mit interessierten Stadtteilen modellhaft am Ausbau einer lokalen „language awareness“ zu arbeiten. In der möglichen Veranstaltung eines jährlichen „Tages der Mehrsprachigkeit und Fremdsprachen“ sehen wir eine geeignete Möglichkeit, Erfahrungen gebündelt zu kommunizieren und das öffentliche Bewusstsein für das Thema zu stärken.

Mehrsprachigkeit als Integrationsziel in Frankfurt am Main

Rolf Schmidt

„Im März 2002 haben die Staats- bzw. Regierungschefs der Europäischen Union bei ihrem Treffen in Barcelona den Unterricht von mindestens zwei Fremdsprachen ab der frühen Kindheit gefordert. Langfristig verfolgt die Kommission das Ziel, die individuelle Mehrsprachigkeit zu fördern, bis alle Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu ihrer Muttersprache über praktische Kenntnisse in mindestens zwei weiteren Sprachen verfügen.“(EU-Kommission, 22.11.2005)

Mehrsprachigkeit ist ein wesentliches Element eines friedlichen Zusammenlebens und kulturellen Verstehens in einer globalisierten Welt. Mehrsprachigkeit des Individuums ist ein individueller Reichtum, eine Kompetenz, die im vereinigten Europa und in einer Stadt wie Frankfurt, die von Zuwanderern zunehmend geprägt wird, kulturelle und soziale Selbstverständlichkeit werden sollte. Mehrsprachigkeit kann – so die Lern- und Gehirnforschung – am leichtesten nach der Immersionsmethode in den ersten zehn bis zwölf Lebensjahren eines Menschen erworben werden – also vor dem Zeitraum, in dem in den weiterführenden Schulen das Fremdsprachenlernen beginnt.

Die heutige Situation in Frankfurt ist von einer Vielfalt der Sprachen in der Stadt geprägt. Die Zuwanderer und die Globalisierung haben die Mehrsprachigkeit nach Frankfurt gebracht, dennoch sind die öffentlichen Bildungseinrichtungen von der Krabbelstube bis zur Schule überwiegend monolingual deutsch. Bis heute schaffen es dieses System und viele Familien nicht, den Spracherwerb für alle Kinder in Frankfurt bis zum Grundschulalter erfolgreich (mehrsprachig) zu gestalten; ca. 20% der Einschulungskinder kommt mit Sprachbeeinträchtigungen oder Sprachrückständen in die Grundschule (über die Sprachkenntnisse in der Herkunftssprache liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor). Dieser Punkt hat dramatische Folgen für die Bildungsverläufe. Das erfolgreiche Durchlaufen des deutschen öffentlichen Bildungssystems und das Erreichen von höheren Abschlüssen ist in hohem Maße von sehr guten Kenntnissen der deutschen Sprache abhängig (Beispiel die LAU-Studie von Prof. Lehmann, in Hamburg, die einen engen Zusammenhang vom Buchbestand der Eltern und Schulleistung der Kinder belegte). Kenntnisse der Herkunftssprache werden im Bildungssystem – mit Ausnahme von englischen, französischen, marginal italienischen und griechischen Sprachkenntnissen nicht anerkannt und ausgeblendet.

In keinem anderen OECD-Staat ist der Zusammenhang zwischen familiärer Armut, Zuwanderung und geringem Bildungserfolg so eng wie in Deutschland – in Frankfurt dürfte der Zusammenhang ebenfalls sehr deutlich sein. Inzwischen setzt sich die Erkenntnis durch, dass im deutschen Bildungssystem schon beim Eintritt in die Grundschule das Sprachvermögen in der deutschen Sprache entscheidend für den weiteren Bildungserfolg ist. Kinder aus (armen) Zuwandererfamilien haben daher eine doppelte Benachteiligung, die im System eingebaut ist: ihre Familiensprache wird in der Regel nicht anerkannt, nicht gefördert und nicht alphabetisiert, gute deutsche Sprachkenntnisse müssen sie sich in den ersten sechs Lebensjahren erwerben – in der Schule ist es zu spät dazu.

Die öffentlich geförderten Bildungsorte der Kindheit neben der Familie, die Krabbelstuben, Kindergärten, Horte und Grundschulen, in denen mit leichter

Hand eine Mehrsprachigkeit der nachwachsenden Generation der Einwohner Frankfurt entstehen könnte, sind zu ca. 90 % monolingual deutsch. Eine wesentliche, durchschlagende Verbesserung der Situation der Bildungsbenachteiligung zugewanderter und armer Bevölkerungsschichten ist bis heute durch die vielen Programme und die Erhöhung der Kindergartenbesuchsquote von Kindern aus Einwandererfamilien kaum erreicht worden. Das oben genannte Ziel der EU-Kommission, die Kinder mehrsprachig zu unterrichten und sie in alphabetisierter Form mehrsprachig zu machen, wird weder in Deutschland noch in Frankfurt für die frühe Kindheit gezielt verfolgt – man vertraut auf den Fremdspracherwerb in den weiterführenden Schulen. Diese Strategie setzt nach allen Erkenntnissen der Gehirnforschung zum Spracherwerb jedoch zu spät an – und vorab sind bereits viele Bildungskarrieren am Ende der Grundschulzeit vorentschieden.

Eine gezielte Förderung der Mehrsprachigkeit in den ersten zehn Lebensjahren, in der auch zumindest ein Teil der Herkunftssprachen der Familien einen öffentlich sichtbaren Stellenwert bekämen, wäre ein Weg, die Integrations- und Bildungserfolge dieser Kinder deutlich zu verbessern.

Zwei- oder dreisprachige Krabbelstuben, Kindergärten und Grundschulen, in denen mehr stattfindet als verinselte Einzelstunden in einer Fremdsprache sind die absolute Ausnahme (obwohl immer mehr Eltern sich dafür einsetzen). Obwohl zum Beispiel ein erheblicher Anteil der Einwohner Frankfurts türkisch spricht, findet sich fast keine deutsch-türkische Krabbel- oder Kindergarten-Gruppe, von einem mehrsprachigen deutsch-türkischen Grundschulangebot ganz zu schweigen.

Inzwischen sind jedoch einzelne, vor allem durch Elterninitiativen und freie Träger, mehrsprachige Einrichtungen (deutsch-englisch, -französisch, -spanisch, -russisch, -portugiesisch etc.) in Frankfurt entstanden. Mit der Erasmus-Grundschule und dem Erasmus-Kindergarten hat auch die Lehrerkooperative jetzt drei Jahre Erfahrung mit der Immersionsmethode und der Förderung der Mehrsprachigkeit im Kindesalter. Die Ergebnisse sind überzeugend. Die Kinder erlernen „spielend“ die zweite oder dritte Sprache. Gleichzeitig entwickelt sich die deutsche Sprachkenntnis stark weiter. So hat die Mehrheit der – ursprünglich monolingual deutschsprachigen – Kinder der dritten Klasse der Erasmus-Grundschule heute ein grammatikalisches Sprachverständnis in der englischen Sprache wie gleichaltrige englische Grundschul Kinder – und ein hervorragendes deutsche Sprachverständnis.

Ich schlage für Frankfurt ein Programm „Vielfalt und Sprache – Mehrsprachigkeit durch Immersion“ vor. Durch eine gezielte, geförderte, geplante Einrichtung von zwei- und dreisprachigen Gruppen und Klassen (nicht unbedingt der ganzen Einrichtung) in Krabbelstuben, Kindergärten, Horten und Grundschulen kann eine vielfältige Mehrsprachigkeit der nachwachsenden Generation in Frankfurt entstehen, für die der Spracherwerb und die Alphabetisierung in zwei oder drei Sprachen – dabei immer natürlich auch in der deutschen Sprache – im Zentrum der ersten sechs, acht oder zehn Lebensjahre steht. Die Stärkung der Familiensprache kann damit verbunden werden.

Es dürfte nicht schwer fallen, für dieses Ziel, zum Beispiel gut deutsch und türkisch, gut deutsch und englisch im Kindesalter zu sprechen und zu verstehen auch die Eltern zu gewinnen.

Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

Da für die Ausweitung der Plätze in Krabbelstuben in Frankfurt auch eine Offensive zur Ausbildung von Erzieherinnen auf der Tagesordnung steht, sollten dies damit verbunden werden, muttersprachlich türkisch, arabisch, spanisch, farsi, englisch u.a. sprechende Menschen für die Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin zu gewinnen. Da für die Ausweitung der Plätze in Krabbelstuben in Frankfurt auch eine Offensive zur Ausbildung von Erzieherinnen auf der Tagesordnung steht, sollte dies damit verbunden werden, muttersprachlich türkisch, arabisch, spanisch, farsi, englisch u.a. sprechende Menschen für die Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin zu gewinnen.

Rolf Schmidt ist Vorstand der Lehrerkooperative e.V. in Frankfurt am Main.